

28.9.2012 - welt.de

Bischöfe für Ausweitung des Betreuungsgelds

Arbeitsgruppe zur Situation wiederverheirateter Geschiedener beschlossen

Fulda (dapd). Die katholischen Bischöfe setzen sich für eine Ausweitung des umstrittenen Betreuungsgeldes ein. Nach Ende ihrer Vollversammlung in Fulda forderte die Deutsche Bischofskonferenz am Freitag, die Familienleistung allen Eltern zur Verfügung zu stellen. Zudem schlug sie höhere Sätze vor. Die Bischöfe schlossen sich Forderungen katholischer Verbände nach einer Zahlung in Höhe von 300 Euro im Anschluss an das Elterngeld an.

Eltern, deren Kinder öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nähmen, müssten "zumindest anteilig in den Genuss dieser Leistung kommen", hieß es. Weiter sprachen sich die Bischöfe dagegen aus, das Betreuungsgeld auf Sozialleistungen anzurechnen. Grundsätzlich stellten sie diese Familienförderung aber explizit nicht infrage, sondern unterstützten das Betreuungsgeld.

Nach den bisherigen Plänen der schwarz-gelben Koalition soll die Leistung an Eltern von ein- und zweijährigen Kindern gezahlt werden, die für den Nachwuchs keine staatliche geförderte Betreuung in Anspruch nehmen. Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Hans Langendörfer, betonte: "Es lag immer schon auf der Linie unserer Argumentation, hier eine Weitung der Bezugsgruppe und eine größere finanzielle Ausstattung anzuregen."

Keine Frist für Ergebnisse der Arbeitsgruppe

Die Bischöfe hatten von Montag bis Donnerstag in Fulda getagt. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, präsentierte am Freitag die Ergebnisse. Demnach wurde etwa eine sechs Bischöfe umfassende Arbeitsgruppe zum Thema wiederverheirateter Geschiedener beschlossen. Sie solle "Aspekte für eine Handreichung ausarbeiten", sagte Zollitsch. Eine Frist gebe es nicht. Eine schnelle Lösung, die nicht allgemein akzeptiert werde, würde Schaden bedeuten, begründete der Erzbischof das Vorgehen.

In der Frage werde auch das Gespräch mit der Glaubenskongregation in Rom gesucht. Konkrete inhaltliche Entscheidungen traf die Versammlung hinsichtlich der Situation wiederverheirateter Geschiedener damit nicht. Gleichwohl betonte Zollitsch, es sei nicht die Absicht, das Thema auf die lange Bank zu schieben. "Es wird Zeit, dass etwas geschieht. Und das wissen wir auch", sagte Zollitsch.

Er betonte auf Nachfrage, dass es ausschließlich um wiederverheiratete Geschiedene gehe. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind somit nicht Gegenstand der Beratungen. Auch Entscheidungen zur stärkeren Beteiligung von Frauen vertagten die Bischöfe. Diesem Thema und "möglichen Verabredungen" sei der Studientag der nächsten Vollversammlung 2013 in Trier gewidmet.

Laienbewegung vermisst konkrete Entscheidungen

Die Laienbewegung "Wir sind Kirche" kritisierte, dass die Vollversammlung "wiederum nur Ankündigungen und Arbeitsgruppen vermeldet" habe. Es habe den Anschein, als ob einige Mitglieder der Bischofskonferenz "immer noch nicht bereit sind, die unverändert große Kirchenkrise und die anhaltend hohen Kirchenaustrittszahlen zur Kenntnis zu nehmen".

Die Geduld des breiten Kirchenvolkes werde bald zu Ende sein, wenn die Bischöfe sich nicht endlich

tatkräftig für die schon lange überfälligen Reformschritte einsetzen, sagte Christian Weisner vom "Wir sind Kirche"-Bundesteam.

<http://www.welt.de/newsticker/news3/article109524664/Bischoefe-fuer-Ausweitung-des-Betreuungsgelds.html>

Zuletzt geändert am 29.09.2012